

Landtag des Saarlandes

13. Wahlperiode



Pl. 13/45
24.10.07

45. Sitzung

am 24. Oktober 2007, 10.00 Uhr, im Gebäude des
Landtages zu Saarbrücken

Beginn: 10.04 Uhr
Ende: 11.20 Uhr

PRÄSIDIUM:

Präsident L e y (CDU)
Erste Vizepräsidentin L a w a l l (SPD)
Zweite Vizepräsidentin R i n k (CDU)
Erster Schriftführer B e c k e r (CDU)
Zweite Schriftführerin W i l l g e r - L a m b e r t (B 90/Grüne)
Dritter Schriftführer B a l d a u f (FDP)

REGIERUNG:

Ministerpräsident M ü l l e r (CDU)
Minister der Finanzen J a c o b y (CDU)
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten
R a u b e r (CDU)
Minister für Inneres und Sport M e i s e r (CDU)
Minister für Justiz, Arbeit, Gesundheit und Soziales
H e c k e n
Ministerin für Bildung, Familie, Frauen und Kultur
K r a m p - K a r r e n b a u e r (CDU)
Minister für Wirtschaft und Wissenschaft R i p p e l
Minister für Umwelt M ö r s d o r f

Es fehlen:

Abg. G i l l o (SPD)
Abg. H e n n r i c h (CDU)
Abg. R i e s (SPD)

Präsident Ley:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Sie, Platz zu nehmen.

(Es folgt eine musikalische Einleitung durch das Cello-Quartett "Tutti Cello" der Hochschule für Musik Saar.)

Präsident Ley:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste! Ich eröffne die heutige Sondersitzung des Landtages und heiße Sie alle sehr herzlich willkommen. Es ist mir eine Ehre und Freude, Sie nach dem musikalischen Auftakt durch das Cello-Quartett "Tutti Cello" der Hochschule für Musik Saar begrüßen zu dürfen.

Bei den beiden soeben gehörten Musikbeiträgen handelt es sich neben der Europa-Hymne um ein saarländisches Liedgut, das insbesondere im Jahr 1947 und später vielfach bei offiziellen Anlässen gespielt und gesungen wurde.

Wir feiern heute 60 Jahre Landtag des Saarlandes. Wir feiern damit 60 Jahre Demokratie, Freiheit und Zusammenhalt der Menschen in unserem Land. Viele Gäste sind meiner Einladung gefolgt, Gäste, die ein Stück Geschichte des saarländischen Landtages sind.

Ich begrüße ganz herzlich meine beiden Vorgänger im Amt, Herrn Landtagspräsidenten a. D. Albrecht Herold und Herrn Landtagspräsidenten a. D. Hans Kasper.

(Beifall des Hauses.)

Ich heiße des Weiteren auch viele ehemalige Mitglieder des saarländischen Landtages herzlich willkommen. Schön, dass Sie da sind. Stellvertretend für die Regierung des Saarlandes begrüße ich Herrn Ministerpräsidenten Peter Müller recht herzlich.

(Beifall des Hauses.)

Weiterhin begrüße ich Repräsentanten aus Politik, Rechtsprechung, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, der Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie der konsularischen Vertretungen. Seien Sie uns alle herzlich willkommen.

(Beifall des Hauses.)

Außerdem begrüße ich alle Bürgerinnen und Bürger, die über Fernsehen, Rundfunk und Internet diese Festsitzung live verfolgen.

Besonders begrüße ich den Festredner der heutigen Sondersitzung des saarländischen Landtages, Herrn Professor Dr. Alfred Grosser.

(Beifall des Hauses.)

Herr Professor Grosser, haben Sie vielen Dank, dass Sie sich bereit erklärt haben, heute zu uns zu sprechen.

Der Landtag des Saarlandes blickt heute auf 60 Jahre Geschichte zurück. Nach dem großartigen Tag der offenen Tür am 19. August dieses Jahres, an dem zehntausende Saarländerinnen und Saarländer ihre Verbundenheit mit ihrer Volksvertretung gezeigt haben, wollen wir heute des parlamentarischen Anfangs und damit der Geburtsstunde unseres Landes in einer Festsitzung gedenken. Dies dürfen wir dankbar und stolz tun, denn als einziges Organ mit unmittelbarer demokratischer Legitimation verkörpert der Landtag seit 60 Jahren die staatliche Eigenständigkeit des Saarlandes.

Werte Gäste! Lassen Sie mich einige Daten und Fakten aus dem Geburtsjahr in Erinnerung rufen. Die Verordnung Nr. 107 des französischen Oberkommandierenden in Deutschland - General Pierre König - vom 25. August 1947 ist das Gründungsdekret und die Gründungsurkunde des heutigen Saarlandes. Artikel 1 der Verord-

nung bestimmte: "Am 5. Oktober 1947 finden allgemeine Wahlen zwecks Bildung einer saarländischen gesetzgebenden Versammlung statt."

Die Wahl vom 05. Oktober 1947, an der sich bemerkenswerterweise 96 Prozent der Wahlberechtigten beteiligten, brachte folgendes Ergebnis: 28 Sitze für die Christliche Volkspartei des Saarlandes, 17 Sitze für die Sozialdemokratische Partei des Saarlandes, 3 Sitze für die Demokratische Partei des Saarlandes und 2 Sitze für die Kommunistische Partei.

Am 14. Oktober 1947 ist dann das gewählte Parlament des Saarlandes hier in diesem Hause, einem ehemaligen Kasino-Gebäude, zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Es hat Johannes Hoffmann von der CVP zu seinem ersten Präsidenten gewählt. Auftragsgemäß - entsprechend der Verordnung Nr. 107 vom 25. August 1947 - hat es - als Gesetzgebende Versammlung - einen Verfassungsausschuss eingesetzt. Dieser hat den von einer Verfassungskommission erarbeiteten Verfassungsvorentwurf in acht Sitzungen noch einmal beraten und ihn dem Plenum des Hauses vorgelegt.

Nach dreitägiger Debatte hat das Plenum am 08. November 1947 - mit großer Mehrheit, gegen die beiden Stimmen der kommunistischen Abgeordneten - den Entwurf als "Verfassung des Saarlandes" im Plenum verabschiedet. Übrigens: Zwischenzeitlich ist die Verfassung des Saarlandes seit ihrer Verabschiedung im Jahr 1947 insgesamt 23 Mal verändert oder ergänzt worden.

Am Tag der endgültigen Annahme der Verfassung, am 15. Dezember 1947, hat sich die bis dahin Gesetzgebende Versammlung als erster Landtag des Saarlandes konstituiert. In dieser konstituierenden Sitzung wurden mit Peter Zimmer, Sozialdemokratische Partei des Saarlandes, Bartholomäus Koßmann, Christliche Volkspartei des Saarlandes, Richard Radziewsky, Demokratische Partei des Saarlandes, Rudolf Trenz, Christliche Volkspartei des Saarlandes, und Karl Hoppe, Kommunistische Partei, das erste Landtagspräsidium und mit Johannes Hoffmann, Christliche Volkspartei des Saarlandes, der erste Ministerpräsident des Saarlandes gewählt.

Johannes Hoffmann hat am 20. Dezember 1947 seine erste Regierungserklärung vor dem Landtag abgegeben und sein Kabinett vorgestellt, das der Landtag bestätigt hat. Der Landtag des Saarlandes hatte seine Arbeit aufgenommen.

Seit dem 05. Oktober 1947 bis zur heutigen 13. Wahlperiode, bis zum heutigen Tag sind insgesamt 357 Bürgerinnen und Bürger zu Mitgliedern des saarländischen Landtags gewählt worden. Sie alle haben in diesem Hause gearbeitet, um Probleme der Gegenwart zu lösen und Entscheidungen für die Zukunft des Landes zu treffen. Sie alle verband und verbindet der Wille, unser Land nach vorne zu bringen und in eine gute Zukunft zu führen. Das ist der Grundkonsens, der alle Abgeordneten durch die sechs Jahrzehnte begleitet hat und sie zu ihrem Engagement antreibt.

Solidität, Kontinuität und Bodenhaftung waren dabei immer Grundzüge saarländischer Politik. Mit dieser heutigen Sitzung tagt der saarländische Landtag zum 1.077 Mal im Plenum; von 1947 bis heute wurden 1.630 Gesetze verabschiedet. Das heißt natürlich nicht, dass es diese Gesetze noch gibt. Oftmals ist die gleiche Materie in andere Gesetzesform gegossen worden. Teilweise sehr lange Zeiten der Ausübung politischer Ämter und Mandate zeigen, dass die Wählerinnen und Wähler Verlässlichkeit in der Politik zu schätzen und zu honorieren wissen. Allen, die in diesen 60 Jahren ihre Kraft als Abgeordnete für das Land und für seine Bürgerinnen und Bürger eingesetzt haben, spreche ich deshalb ein herzliches Wort des Dankes aus.

Liebe Anwesende! Über alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen und Herausforderungen hinweg bildet die Arbeit

(Präsident Ley)

des Landesparlamentes eine ununterbrochene Einheit. Von Anfang an - auch das gehört zum Erbe jener frühen Jahre, derer wir heute gedenken - hat das Parlament erkannt, und dabei ist es geblieben bis heute, dass die saarländische Politik in Schicksalsfragen unseres Landes zusammenstehen und mit einer Stimme sprechen muss!

Saarländische Identität hat sich bewährt und gefestigt als Selbstbehauptungswille und Wille zur Eigenständigkeit, aber auch als Versöhnungsbereitschaft mit der besonderen Fähigkeit, Brücken zu schlagen und Freunde zu gewinnen! So hat die friedliche Lösung der Saar-Frage die deutsch-französische Annäherung überhaupt erst möglich gemacht und einen Stolperstein auf dem Weg nach Europa beiseite geräumt! Das Saarland ist so auch das erste Bundesland gewesen, das 1992 den Europa-Gedanken und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit als verpflichtendes Staatsziel in seiner Verfassung verankert hat.

Ich freue mich aus diesem Grund, dass wir Herrn Professor Dr. Alfred Grosser für den Festvortrag anlässlich unseres Jubiläums gewinnen konnten. Herr Professor Grosser, es ist eine große Ehre für uns, dass Sie heute bei uns sind. Sie haben dem deutsch-französischen Neuanfang nach 1945 und der deutsch-französischen Verständigung einen großen Teil Ihrer Lebensleistung als Wissenschaftler und Publizist gewidmet.

Sie wurden 1925 als jüdischer Deutscher in Frankfurt geboren. Im Jahr 1933 sind Sie mit Ihrer Familie aus Nazi-Deutschland nach Frankreich emigriert. 1937 wurden Sie französischer Staatsbürger. Sie haben deutsche Literaturwissenschaft und Politikologie studiert. Von 1948 bis 1967 arbeiteten Sie als Generalsekretär des französischen Komitees für den Austausch mit dem neuen Deutschland. Von 1955 bis 1992 lehrten Sie Politikwissenschaft am berühmten Institut d'études politiques "Sciences Po" in Paris. Bereits 1975 hat Ihnen der Börsenverein des Deutschen Buchhandels den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verliehen. Sie sind bis heute Präsident des "Centre d'information et de recherche sur l'Allemagne contemporaine", CIRAC, das auf dem deutsch-französischen Regierungsgipfel 1981 ins Leben gerufen worden ist.

Ihre Buchveröffentlichungen, Ihre Aufsätze, Ihre Publikationen in Zeitschriften und in der Presse, Ihre zahlreichen Ehrungen und Auszeichnungen hier auch nur ansatzweise aufzuzählen, ist ausgeschlossen. "Elemente einer Art aufklärerischer Vermittlungsarbeit" haben Sie selbst Ihre Berufung genannt, Mittler zwischen Deutschen und Franzosen zu sein. Wie kein anderer wissen Sie, Deutsche und Franzosen einander nahezubringen. Sie vermitteln ihnen die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der jeweiligen politischen Kultur; oft auf unnachahmlich pointierte Art und Weise. Zum Beispiel auch mit den beiden von Ihnen erschienen Büchern: "Wie anders sind die Deutschen?" aus dem Jahr 2002 und "Wie anders ist Frankreich?" aus dem Jahr 2005.

Lieber Herr Professor Dr. Alfred Grosser, niemand eignet sich besser als Sie, am heutigen Tage als Festredner zu uns zu sprechen, weshalb ich Sie nach dem folgenden Musikstück um Ihre Ansprache bitte.

(Beifall des Hauses. - Es folgt die Sonate op. 34 d-Moll Andante und Presto von Joseph Bodin de Boismortier.)

Prof. Dr. Grosser:

Lieber Herr Präsident Ley! Lieber Herr Ministerpräsident und bis vor Kurzem Länderbeauftragter für die deutsch-französische Kulturzusammenarbeit! Liebe Anwesende! Nach dem, was eben über mich gesagt wurde, kann ich Sie nur noch enttäuschen.

(Heiterkeit.)

Vielleicht wäre es besser gewesen, man hätte wie vor 10 Jahren meinen Freund Hudemann dazu gerufen, der vor Kurzem das Buch

"Das Saarland zwischen Frankreich, Deutschland und Europa 1945 - 1957" veröffentlicht und an dem großen Werk von Ludwig Linsmayer "Die Geburt des Saarlandes" mitgearbeitet hat.

Vor 10 Jahren, als Herr Hudemann gesprochen hat, sagte Ihr Vorgänger, Herr Präsident, allerdings etwas, das in meinen Augen nicht ganz richtig war. Er sprach nämlich von dem ersten frei gewählten Parlament. Diese Freiheit war aber teilweise begrenzt.

Deswegen möchte ich zunächst auf das Jahr 1947 zurückkommen, wie ich es erlebt habe. Ich war zum ersten Mal seit 1933 wieder in Deutschland. Ich befand mich auf einer Erkundungsreise durch Deutschland. Ich war auch in Konz. Damals ging es darum, ob Konz zur Saar oder zu Rheinland-Pfalz gehört. Innenminister Jakob Stefan wurde ausgepöfift und angepöbelt mit dem Reim "Konz zur Saar immerdar, Konz zur Saar, das ist doch klar". Die Schreie waren dadurch zu erklären, dass die wirtschaftliche Lage im an Frankreich angeschlossenen Saargebiet besser war. Hier funktionierte die Sozialversicherung besser als im damaligen besetzten Deutschland.

Damals kannte ich noch nicht den Brief, den einige Saar-Politiker, unter anderem Dr. Ney, im Juli 1945 geschrieben hatten und in dem es hieß, man sei entschlossen, wenn die Heimat in den französischen Staat eingegliedert würde, loyale Staatsangehörige Frankreichs zu sein. Dies war - wie gesagt - 1945. Als Herausgeber des Informationsblattes "Allemagne" des Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle hatte ich Gelegenheit, 1949 eine Sondernummer über die Saar herauszubringen. Darin wurde die Frage behandelt, wie frei eigentlich die Abstimmung an der Saar war. Es war charakteristisch, dass ein Teil der Erzeugnisse, die ich veröffentlichte, ohne Namen war, denn die Saarländer, die sie geschrieben hatten, wagten nicht, ihre Namen zu nennen.

Damals schon versuchte ich, in Frankreich zu erklären, dass die Bundesrepublik, die gerade im Werden begriffen war, zwei Dinge nicht akzeptieren konnte. Das eine war etwas Endgültiges. Die Tatsache, dass die Saar im Europarat saß, war in meinen Augen schon weitgehend. Ansonsten hätte man den Osten ja abschreiben müssen. Wenn hier etwas Endgültiges geschehen würde, dann könnte auch etwas Endgültiges auf der anderen Seite geschehen. Wenn hier Parteien verboten blieben, was waren dann die Vorwürfe an die DDR? - Ich glaube, das war die Schwierigkeit, die ein Mann wie Michel Debré nicht anerkannte, der in unserer Ausgabe einen flammenden Artikel darüber schrieb, dass die Saar zu Frankreich gehören sollte. Allerdings hatten wir in derselben Nummer auch zwei Beiträge, die anders lauteten. Ein Artikel stammte von Henri Frenay, Chef unserer größten Widerstandsorganisation. Von ihm sage ich immer, dass er, als Mitbegründer 1947 der Union européenne des Fédéralistes, zusammen mit dem ehemaligen K-Häftling Eugen Kogon und dem italienischen politisch Verfolgten Altiero Spinelli einer der drei großen Väter Europas war.

Frenay protestierte und sagte, lassen wir den Nationalismus. Lassen wir die Saar vorläufig, wie sie ist, und frei entscheiden. Ich glaube, das war wesentlich. Der Beitrag von Karl Arnold, damals Ministerpräsident in Düsseldorf, war schon vorausahnend, was ein Jahr später der Schuman-Plan sein würde. Man sollte die Rolle von Karl Arnold in alledem nicht unterschätzen. Denn er hat dafür plädiert, Kohle und Stahl zusammenzubringen, was im folgenden Jahr auch geschehen ist.

Zunächst aber ein Wort über das Jahr 1947 von Frankreich aus gesehen. In der Bevölkerung interessierte sich niemand für das Saarland. Vielleicht Lothringen, das immer dagegen gewesen ist - was immer vergessen wird -, dass die saarländische Wirtschaft integriert wird. Schließlich war die Saar eine Konkurrenz. Allerdings war die Saar für die französische Diplomatie so wichtig, dass der eigentliche Grund, weswegen unser Außenminister Georges Bidault

(Prof. Dr. Grosser)

auf die Seite der Amerikaner und Engländer ging und nicht mehr mit Moskau liebäugelte, der war, dass Moskau bei der Saar-Frage unnachgiebig war. Dieses kleine Saarproblem war für ihn so wichtig, dass Frankreich von da an auf einer Seite im Kalten Krieg stand.

Es war ein Jahr der großen Schwierigkeiten in Frankreich. Deshalb wurde der Artikel 60 der Verfassung des Saarlandes kaum wahrgenommen. Er bestimmte: "Das Saarland ist ein autonom, demokratisch und sozial geordnetes Land und wirtschaftlich an Frankreich angeschlossen." Dass es wirtschaftlich an Frankreich angeschlossen war, spielte nachher natürlich eine große Rolle. Zuerst muss jedoch gesagt werden, dass der Anschluss an Frankreich auch vieles gebracht hat, vor allen Dingen auf dem Gebiet der Kultur. Es hat mich gefreut, dass mein Universitätsmeister in Germanistik, Joseph-François Angelloz, Gründer der saarländischen Universität geworden ist und an dieser späteren Europa-Universität, die heute noch sehr wirksam ist, lehrte. Ich habe eine gewisse Verbindung zu dieser Universität, weil einer unserer vier Söhne zwei Jahre am "Centre d'études juridiques françaises" bei den Professoren Autexier und Witz studiert hat. Das hat gut funktioniert. Kulturell hat es also viel gebracht. In der späteren Entwicklung ist wichtig, dass diese Europa-Universität stark geblieben ist, wenn sie auch manchmal Schwierigkeiten hatte, ihre Lehrstühle beizubehalten. Hier habe ich gewagt, an einigen Kämpfen teilzunehmen.

1950 kam die eigentliche Revolution des Schuman-Plans. Die französische Politik hat sich total verändert. Das war auch gut für die Bundesrepublik. In Deutschland wird ständig vergessen, dass es für Frankreich ein Opfer war, von der Höhe der Souveränität herabzugleiten auf die geteilte Souveränität. Für die Bundesrepublik hingegen war es ein großer Sprung vorwärts, von der nicht anwesenden Souveränität auf eine geteilte Souveränität aufzusteigen. So ist Europa 1950 entstanden.

Es folgte die Schwierigkeit mit der Saar. Sie wissen, dass es am 30. August 1954 Probleme gab, als die französische Nationalversammlung mit großer Mehrheit zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft Nein sagte. Es soll nicht vergessen werden, dass eine der Schwierigkeiten mit dem Europa-Statut der Saar, wovon ich noch sprechen werde, gewesen ist, dass es zu diesem Zeitpunkt eigentlich kein Europa mehr gab. Die Niederlage am 30. August 1954 in Paris brachte eine Unsicherheit, die ein Europa-Statut für die Saar etwas schwieriger machte, denn welches Europa war gemeint, zu einer Zeit, wo dieses Europa nicht bestand? - Es gab das Europa von Kohle und Stahl, aber der nächste Schritt war vereitelt worden.

Dann ist ein Wunder geschehen: Sofort nach der Niederlage kamen die Staatsmänner Eden, Adenauer, Mendès-France zusammen und entdeckten die mathematische Gleichung, dass $6 + 1$ das Gleiche ist wie $5 + 2$. Das war eine erstaunliche Errungenschaft. Einer der Gründe, weshalb Paris abgelehnt hatte, war, dass Großbritannien nicht dabei war. Da erinnerte man sich an den Brüsseler Vertrag von 1948, die Grundlage der gemeinsamen Verteidigung. Hier war England dabei, die Bundesrepublik und Italien natürlich nicht. Man sagte, wenn man zu diesen Fünf die Bundesrepublik und Italien bringt, hat man $6 + 1$, das heißt die Sechs des Schuman-Plans und Großbritannien. So entstanden bereits am 23. Oktober 1954, also wenige Wochen nach der Niederlage der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, die Pariser Verträge.

Die Pariser Verträge regelten vieles. Sie mögen an Folgendem ersehen, dass ich aus einem Land der Logik komme: Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ist von Frankreich erfunden worden, damit Deutschland nicht zur NATO kommt. Nach der Niederlage der EVG erfand Frankreich als Lösung den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO. So kam am 23. Oktober 1954 Deutschland durch die Verträge zur NATO. Es kam beinahe zur Souveränität der Bundesrepublik, wobei völlig vergessen wird, dass die Grundfragen Berlin

und Wiedervereinigung bis 1991, bis zum 2 + 4-Vertrag, in den Händen der drei Westmächte und der Sowjetunion blieben. Ebenso wird vergessen, dass lange noch um Deutschland gestritten wurde, weil man die Verträge nicht gelesen hatte.

Auch heute noch glaubt man aufseiten der CDU, der Kampf um die Notstandsgesetzgebung sei etwas Innenpolitisches gewesen. Es war überhaupt nicht innenpolitisch. Der Vertrag besagte, wenn so etwas wie die Notstandsgesetzgebung nicht eingeführt werde, behielten die drei Westmächte das Recht, militärisch in der Bundesrepublik einzugreifen, sobald es eine Krisensituation gäbe. Um mehr Souveränität zu erobern, gab es also die Notstandsgesetze. In der Erinnerung der Konservativen ist es jedoch ein Kampf um die Freiheit und gegen die Einmischung der Politik in das Privatleben der Bürger gewesen.

In diesem Vertrag war nicht vorgesehen, was passieren würde, wenn die Saar-Bevölkerung Nein sagen würde. Mendès-France und Adenauer waren überzeugt, dieses Europa-Statut könne nur bejaht werden. Es kam aber zum Nein. Es kam zum Nein und zur Unabhängigkeit des Saargebiets, welches das Recht bekam, Land der Bundesrepublik zu werden. Es gibt eine Karikatur, die ich in dem Interview mit der Saarbrücker Zeitung erwähnt habe. Diese Karikatur liebe ich sehr: Man sieht das Mädchen Saar, das in die Bundesrepublik möchte, jedoch von Adenauer hinausgeworfen wird. Dann wird es durch die so genannten deutschfreundlichen Parteien hineingestoßen. Das letzte Bild zeigt Adenauer, wie er das Mädchen auf den Knien hat und sich von allen beglückwünscht lässt.

(Heiterkeit.)

Dies ist nicht so einleuchtend, wie es scheinen mag. Denn wenn es kein Europa gegeben hätte, hätte es diese Lösung nicht geben können. Warum hat Frankreich Ja gesagt? - Zuerst einmal weil wir am Tag der Abstimmung bei einem Fußballspiel in Moskau unentschieden gespielt haben. Auf der einen Seite war zwar das Nein von der Saar, aber auf der anderen Seite gab es das schöne Fußballspiel in Moskau. Das hat ausgeglichen.

(Heiterkeit.)

Ich möchte es ernster ausdrücken: Man wollte auf europäischem Gebiet weitergehen und hat dies auch getan. Ich muss deshalb ganz besonders hier daran erinnern, was am 20. Dezember 1990 geschehen ist: In Berlin kommt zum ersten Mal ein vereinigtes deutsches Parlament im Bundestag zusammen. Alterspräsident ist Willy Brandt. In seiner Rede sagt er, dass es ohne die Europäische Union nicht so leicht gewesen wäre, die Wiedervereinigung zu vollziehen. In diesem Sinne sei ein Mann wie Jean Monnet einer der Väter der deutschen Einheit. Genauso kann man sagen, Robert Schuman und Konrad Adenauer waren doch die Väter des freien Zutritts des Saarlandes zur Bundesrepublik. Denn das europäische Klima hatte es ermöglicht. Genauso wie es das europäische Klima 1990 erlaubt hat, dass sich sogar Frau Thatcher zur deutschen Einheit bekehrt hat. Bei François Mitterrand ist es etwas komplizierter.

(Heiterkeit.)

Was kommt danach? - Es kommt etwas, das völlig vergessen worden ist, nämlich der einzige deutsch-französische Vertrag, der Probleme gelöst hat. Man spricht zwar immer vom schönen Elysée-Vertrag, aber - es tut mir leid - in diesem Vertrag war nichts drin, außer dem Deutsch-Französischen Jugendwerk, das leider nicht mehr dem Sinn der Zeit entspricht. Heute ist es zu einem Interregierungsorgan geworden, was es vorher nicht war.

Da wurde der Vertrag von Luxemburg vom Sozialisten Mollet und von Konrad Adenauer unterschrieben. Man muss anmerken, dass bei ihnen die Parteiunterschiede in den deutsch-französischen Beziehungen nie eine Rolle gespielt haben. In diesen Verträgen geht es um zwei Aspekte. Zum ersten wird die Saar Land der Bundes-

(Prof. Dr. Grosser)

republik. Zweitens soll es als Gegenleistung die Kanalisierung der Mosel geben, damit Lothringer Stahl leichter ans Meer kommt. Damals zeigte sich Paul Reynaud als Abgeordneter von Dünkirchen aufopfernd, denn nach der Kanalisierung bekam Dünkirchen keine Schiffe mehr. Die feierliche Einweihung erfolgte 1964 durch die drei ebenbürtigen großen Staatshäupter, die Grande-Duchesse de Luxembourg, Charles de Gaulle und Heinrich Lübke. Dies ist der letzte Vertrag, der direkte deutsch-französische Schwierigkeiten löst.

Damals wussten die Franzosen noch nicht, dass sie die Saar-Kohle nun los waren. Sie glaubten damals, dass man die Saar-Kohle unbedingt braucht. Nach dem Krieg war es für Frankreich ja sehr schwierig, denn man bekam keine unbezahlten Leistungen aus dem Ruhrgebiet. Deswegen war die Saar so wichtig. Dort gab es Kohle, die in Frankreich bezahlt werden konnte, da der Franc hier gültig war. Die Amerikaner hatten sich immer geweigert, die Ruhr-Kohle gratis als Reparationsleistung zu gewähren. Damals war Kohle wichtig. Heute haben Sie in Saarbrücken ein Problem damit. Es geht um die Frage, ob man für oder gegen Kohle ist.

Von französischer Seite ist hierzu Folgendes zu sagen: Einer der Gründe, warum man in Frankreich die Atomenergie relativ gerne hat, ist, dass wir erzogen worden sind, die Gefahr der Kohle zu erkennen. Jedes französische Kind hat als Schullektüre "Sans famille" gelesen. Es geht um eine Bergbau-Katastrophe. Später liest man "Germinal" von Zola, wo es ebenfalls um eine Bergbau-Katastrophe geht. Man kann also nicht verstehen, warum man in Deutschland positiv über die Kohle spricht, nachdem so viele im Bergbau und wegen der Kohle gestorben sind. In Frankreich heißt es dann, die Atomenergie sei jedenfalls sauber. Eines der deutsch-französischen Probleme der Zukunft, worauf ich später noch zu sprechen komme, werden die Verhandlungen über die europäische Energiepolitik wegen der Atomfrage sein.

Das Eintreten der Saar in die Bundesrepublik war bis 1990 die erste Stufe. Sie wissen, dass 1990 die so wichtigen Worte "Die Einheit ist vollendet" gefallen sind. Sie bedeuten, dass nichts mehr zu reklamieren ist. Ich spreche oft in Gymnasien und sehe viele junge Leute, die den Artikel 23 nicht kennen. Er wurde 1990 abgeschafft, denn es war der Artikel der Wiedervereinigung und nun war Deutschland wiedervereinigt. Die Einheit war vollendet. Dass gerade dieser Artikel in der Neufassung der Artikel zum Beitritt zu Europa und für das Recht zur Übertragung von Hoheitsrechten an Europa geworden ist, ist mehr als ein Symbol.

In diesem Sinne war der Eintritt der Saar in die Bundesrepublik zugleich so etwas wie eine Anerkennung des Europäischen, obwohl das Europa-Statut abgelehnt worden war. Ich möchte beides vollkommen trennen: Zum einen das Europa-Statut von 1954, das 1955 abgelehnt wurde, und zum anderen die Tatsache, dass der Saar-Beitritt im Namen von Europa erfolgt ist und die erste Vervollständigung des vereinigten Deutschlands darstellt.

Seitdem sind die Entwicklungen vor allen Dingen positiv gewesen und das Saarland, Luxemburg und Lothringen haben sich weitgehend vereinigt - mit einer Schwierigkeit, die Sie jedoch nicht direkt betrifft. Der Quai d'Orsay hat oft eingegriffen, weil Luxemburg ein souveräner Staat und kein Land oder keine Region ist, also in die Zuständigkeit des französischen Außenministeriums falle. Das ist heute noch ein ständiger Kampf gegen Paris.

Es ist ein Kampf gegen Paris, der auch woanders stattfindet. Ich kümmere mich zurzeit relativ viel um das Sprachproblem im Elsass. Es ist wunderbar zu sehen, wie sich die zweisprachige Ecole maternelle weiterentwickelt hat, wo die Kinder zugleich Deutsch und Französisch sprechen. Paris aber tut im Namen des Zentralismus alles, um dies zu bremsen und zu verhindern. Allerdings gibt es eine Gegend in Frankreich, in der alle Kredite vorhanden sind, damit schon in der Vorschule zweisprachig unterrichtet wird: Das ist Korsika.

(Heiterkeit.)

Neulich habe ich in Colmar gesagt, würdet ihr auch Gewalt anwenden, bekämt ihr ebenfalls Kredite.

(Heiterkeit.)

Dazu eine Randbemerkung: Sie sollten nicht lachen, denn das ist eines der Probleme, die wir in Frankreich haben und Sie weniger. Bei Ihnen sieht man zwar die brutale Gewalt in den nicht mehr ganz so neuen Bundesländern. Bei uns aber ist die Gewalt eine soziale Gewalt, und jede Gruppe fühlt sich berechtigt, Gewalt zu gebrauchen, um ihr Ziel zu erreichen. In diesem Sinne ist Frankreich mehr als die Bundesrepublik in der Gefahr, immer weniger Rechtsstaat zu sein, denn die Gewalt siegt. Brände in den Vororten bringen Kredite. Ohne Brand keine Kredite. Unsere Landwirte haben das schon seit Langem entdeckt. Wenn sie etwas in Brand stecken, werden sie nicht bestraft. Das ist normal. Man bekommt eben, was man zu verdienen glaubt.

Zurück zu den deutsch-französischen Beziehungen mit der Saar imbegriffen. Hier gibt es zunächst einmal hervorragende Beziehungen zur Hälfte Lothringens. Ich sage zu der Hälfte Lothringens, denn man muss sich darüber im Klaren sein, dass es zwei Teile Lothringens gibt: Das Lothringen von Metz mit der Saar und Luxemburg und das Lothringen von Nancy, das sich mehr nach Straßburg und Freiburg orientiert. Sehen Sie nur einmal, was das Département de la Moselle zusammen mit der Saar alles vollbringt. Da sind die Grundschullehrerinnen und -lehrer der Ecole maternelle. Ich möchte an dieser Stelle übrigens anmerken, dass diese Ecole maternelle nicht mit dem Kindergarten zu vergleichen ist. Unsere Ecole maternelle ist viel besser.

(Heiterkeit.)

Hier gibt es Austausch und Verbindungen, die von Ihnen und dem Département unterstützt werden. Das ist beispielhaft.

Es stellt sich die Frage, was noch zu tun bleibt. Ich weiß nicht genau, was die Antwort sein soll. Warum weiß ich das nicht? - Ich gebe Ihnen nur ein kleines Beispiel: Vor zwei oder drei Jahren sprach ich vor einer deutsch-französischen Jugendgruppe. Ich war ausnahmsweise voller Begeisterung. Im Allgemeinen bin ich gegen Begeisterung. Denn das bringt nur Enttäuschungen.

(Heiterkeit.)

Ich bin für warme Vernunft, aber nicht für Begeisterung. Hier war ich jedoch einmal begeistert. Ich war über eine neue Brücke südlich von Straßburg gekommen. Es gab keine Polizei und keinen Zoll, nichts. Auf der französischen Seite stand lediglich ein Schild, dass man auf der Autobahn nicht schneller als 130 km/h fahren soll, ein französisches Verbot - also da, um umgangen zu werden.

(Heiterkeit.)

Ich sagte dies der Jugendgruppe. Die Franzosen sagten: Et alors? Und die Deutschen: Na und?

(Heiterkeit.)

So selbstverständlich war das für sie. Aber das ist auch eine der schwierigen Fragen der deutsch-französischen Beziehungen von heute. Es ist so vieles selbstverständlich geworden, dass man erstens nicht weiß, wie man den jungen Leuten beibringen kann, dass es nicht immer selbstverständlich gewesen ist. Zweitens ist zu fragen, was jenseits dieses Selbstverständlichen zu tun ist.

Darüber möchte ich nun kurz sprechen, denn das ist unsere gemeinsame Zukunft. Wir sind damit in der Europa-Problematik von heute und den deutsch-französischen Beziehungen angelangt. Wie geht es den deutsch-französischen Beziehungen inklusive Saar-

(Prof. Dr. Grosser)

brücken? - Verglichen mit dem, was schlechter gehen könnte, geht es gut. Aber einiges geht nicht ganz so gut. Lassen wir die normalen Kränkungen beiseite, wenn ein französischer Präsident immer so tut, als hätte er alles erfunden. Ich kann verstehen, dass es Ihrer Kanzlerin manchmal ein bisschen zu viel wird, wenn das, was sie schon länger vorgeschlagen hat, als französischer Vorschlag gelten soll.

Lassen wir aber den Anspruch der französischen Seite darauf, Wortführerin zu sein, nicht beiseite. Ich erwähne an dieser Stelle immer eine schöne Karikatur der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung". - Manchmal, aber eher selten, kann man lachen, wenn man die FAZ liest.

(Heiterkeit.)

Die Karikatur stammt aus den Siebzigerjahren. Man sieht einen großen gallischen Hahn, der alle anderen - damals fünf - Mitglieder unter seinen Fittichen hat. Dieser Hahn kräht "moi, moi, moi". Unter der Karikatur steht die Frage, ob Europa wirklich nur mit einer Stimme sprechen soll.

(Heiterkeit.)

Und das ist letztlich der weitgehende Anspruch geblieben. Unser Präsident will ein gemeinsames Europa. Das ist klar. Aber der erste Beweis dafür wäre, dass unsere Haushaltspolitik so gestaltet wäre, dass er nicht mehr den deutschen Finanzminister zu beschimpfen brauchte. Das ist eine Seite. Es gibt auch andere Fragen, zum Beispiel wie wir es nach außen machen. Und die Frage, wie wir es nach innen machen.

Zur ersten Frage, wie wir es nach außen machen. Glücklicherweise ist die Wahl in Polen gut ausgefallen. Sie sollten übrigens die taz lesen. Vorgestern war dort eine wunderbare Karikatur abgebildet: Man sieht zwei Babys und einen Strich hindurch. Die Überschrift lautet: Zwillingsstrennung erfolgreich.

(Heiterkeit.)

Diese erfolgreiche Zwillingsstrennung ist etwas Gutes, es sollten aber auch andere Zwillinge nicht vergessen werden. Ich meine damit die Schuld von Jacques Chirac und noch mehr von Gerhard Schröder, ein Dreieck Moskau, Paris, Berlin praktiziert zu haben, welches das Weimarer Dreieck erdrückt hat. Putin, der tief abendländisch und christlich denkt - ich zitiere hier Schröders Memoiren -, ist für Polen eine Gefahr. Deshalb sollte das Dreieck wieder kultiviert werden, genauso wie der Umgang mit den anderen neuen Ländern Europas.

Ich bin nun bei einem meiner wesentlichen Punkte. Robert Schuman hat die französische Politik nicht nur mutig gewendet, er hat auch in seinem letzten Artikel, der kurz nach seinem Tod 1963 erschienen ist, eine Formel geprägt, die sich 2004 verwirklicht hat: "Wir müssen Europa schaffen, nicht nur im Interesse der freien Völker, sondern um die Völker im Osten aufnehmen zu können, die, wenn sie von den erlittenen Zwängen erlöst sein werden, uns um ihren Beitritt und um unsere moralische Unterstützung ersuchen werden." - Dies ist ab 1990 geschehen. Der Grund, warum Richard von Weizsäcker während der Feier vom 03. Oktober 1990 im Reichstag Jacques Delors, der im Saal anwesend war, gedankt hat, ist, dass Delors alles getan hat, um die Einheit zu unterstützen. Warum? - Unter anderem weil die Einheit Deutschlands die erste Osterweiterung des freien Europas gewesen ist.

Die anderen Osterweiterungen kamen 2004. Dies gilt für acht der zehn neuen Staaten. Zypern war Resultat einer griechischen Erpressung. Was Malta angeht, so habe ich vergeblich nachgefragt, warum man dabei sei. Vielleicht haben sich dort die maltesischen

Schiffe den internationalen Regeln etwas besser unterworfen. Ich habe keine zufriedenstellende Antwort bekommen. Die Übrigen sind dabei, weil sie frei geworden waren. Ob sie demokratisch geworden sind, lässt sich im Falle der zuletzt beigetretenen Länder Rumänien und Bulgarien in Frage stellen.

Dieses Europa hat Grundwerte. Bevor ich ein Wort zu diesen Grundwerten sage, komme ich zu den Fragen, die das Innere betreffen. Denn es gibt zwei deutsch-französische Schwierigkeiten, die nicht überspielt werden können. Beide werden nicht genügend ausgesprochen. Ich habe vorhin schon eine Anspielung darauf gemacht. Das Erste ist die Atomenergie. Was kann man mit der gemeinsamen Energiepolitik tun, wenn die Atomfrage nicht gelöst wird? In Gegenwart des christdemokratischen Ministerpräsidenten wage ich zu behaupten, dass die Kanzlerin der französischen Position doch ein wenig näher steht als die Große Koalition. Wenn sie es sagen würde, gäbe es aber keine Koalition mehr und die CDU würde die Wahlen verlieren. Das Atom ist in Deutschland eine brenzlige Frage, auch das friedliche Atom - sogar wenn ein Teil des Stroms zum Beispiel in Baden-Württemberg von der französischen Atomindustrie kommt.

Wenn ich von der gemeinsamen Energiepolitik spreche, bin ich auch schon bei einer anderen deutsch-französischen Schwierigkeit, die besser ausgesprochen werden sollte. An sich ist man in Deutschland für die wirtschaftliche Freiheit. Meine Randbemerkung dazu: Was wird in Deutschland unter Freiheit verstanden? - Zwei ganz verschiedene Dinge. Zum einen die wirtschaftliche Freiheit und zum anderen die politische Freiheit. Man tut, als sei beides dasselbe. Deshalb muss ich in Deutschland ununterbrochen daran erinnern, dass am 23. März 1933 alle Parteien, die für die freie Marktwirtschaft waren, Hitler die Macht gegeben haben, alle Freiheiten abzuschaffen. Nur die Sozialdemokraten haben im Namen von Freiheit und Sozialismus Nein gesagt.

Ist Freiheit nur die wirtschaftliche Freiheit? - Es gibt Wörter, die man nicht übersetzen kann. "La République" kann man nicht ins Deutsche übersetzen, weil das Wort einen sentimentalischen Klang hat, den es im Deutschen nicht gibt. Sonst könnte sich eine antirepublikanische Partei nicht Republikaner nennen. Umgekehrt gibt es ebenfalls Wörter, die nicht ins Französische zu übertragen sind. Das Wort "Wirtschaft" ist nicht gleichzusetzen mit dem französischen Wort "économie". Economie ist technisch. Die Wirtschaft sind viele Männer und einige wenige Frauen, vor denen sich das "Handelsblatt" oder auch die FAZ jeden Morgen verbeugt. Es handelt sich dabei um eine unbestimmte, aber doch die eigentliche Macht.

Freiheit würde bedeuten, dass alles frei bleiben sollte. - Warum dann die Klage über das Volkswagen-Urteil? Es wird hier aufgenommen als etwas, das Deutsches verletzt. - Glücklicherweise, denn die deutschen Banken haben jahrelang alles getan, um ausländische Übernahmen zu verhindern. Im Namen der wirtschaftlichen Freiheit wäre dies nicht möglich gewesen. Das Volkswagen-Urteil aus Luxemburg entspricht eigentlich der deutschen Ideologie von Freiheit. Wenn es aber die Deutschen etwas angeht, ist es etwas anderes, als wenn es woanders geschieht. In Frankreich ist das genauso, aber wir sind für eine Industriepolitik. - Sie sind es auch, Sie wagen aber nicht, es zu sagen.

Neulich war Edmund Stoiber in Paris. Er hat eine hervorragende Rede zur Entwicklung Bayerns gehalten. Da ich ihn seit Langem von Fernsehdiskussionen kenne, habe ich zu ihm gesagt, all das, was er für Bayern getan habe, sei staatliche Intervention in die Wirtschaft gewesen. Er fragte mich, wieso. Ich antwortete, sonst hätte er nicht das Verdienst, diese Politik gemacht zu haben. - Dies ist eine der Schwächen der deutschen öffentlichen Diskussion. Man will nicht anerkennen, dass man in Wirklichkeit wie im Ministerium von Ludwig Erhard handelt. Man hatte dort eine Abteilung für Planung. Ein Politiker, der nicht plant, ist kein guter Politiker. Die Frage

(Prof. Dr. Grosser)

ist, ob man in Europa gemeinschaftlich planen kann. Zunächst einmal ist das deutsche Hindernis zu überwinden, dass man das Wort Planung überhaupt nicht will, obwohl man es in Brüssel doch gerne hört.

Auf der anderen Seite ist man in Frankreich dafür, dass es Mehrheitsentscheidungen gibt, wie es ja im neuen Vertrag steht - außer, wenn Frankreich in der Minderheit ist.

(Heiterkeit.)

Das ist die andere Schwierigkeit. Bei uns ist momentan theoretisch ein Ultraliberalismus an der Macht. Wenn es aber Schwierigkeiten gibt, interveniert die Regierung sofort. Dies kann auch positiv sein. Es muss ja nicht wie im Falle EADS durch eine Intervention des Präsidenten ein nicht gewollter Dirigent an die Spitze gestellt werden. Dies ist ein Beispiel für schlechte politische Intervention. Dass man jedoch gemeinsam plant, was aus EADS und dem Projekt Airbus wird, wie das Angela Merkel und Nicolas Sarkozy getan haben, ist ein Beispiel für vernünftige Planung und keine Intervention der Politik, um Personen zu installieren, die, wenn der Betrieb nicht läuft, bei ihrem Abgang sehr viel Geld verdienen.

Das sind Schwierigkeiten, die alle denselben Hintergrund haben: Wir müssen in diesem Europa versuchen, Werte anzuerkennen und zu verteidigen, vor allem indem wir exemplarisch sind. Unser Präsident hat kürzlich in Moskau eine sehr schöne und mutige Rede vor Studenten gehalten. Dieser Vortrag hat die Beziehungen zu Putin sehr gestört. Unser Präsident sagte beispielsweise, ein Land, in dem die Regierung die Presse beeinflussen kann, ist keine Demokratie. - Man denke hier an Frankreich!

(Heiterkeit.)

Er nannte einiges, bei dem Frankreich von sich selbst nicht sagen kann, dass es ein besonders gutes Beispiel ist. Deswegen besteht die Notwendigkeit, nach außen hin exemplarisch zu sein. Da gibt es zum Beispiel die Kritik an unserem Einbürgerungsverfahren und an den Zuständen in unseren Lagern. - Ja, ich weiß, dass es keine Lager sind. Sie werden "Centre de rétention" genannt. Es betrifft auch die Zustände der französischen Gefängnisse. Ich könnte noch mehr sagen. Hier können wir andere nicht gut kritisieren. Ich glaube, es gäbe vieles, das wir verbessern und besser machen könnten - und das auf der Grundlage von gemeinsamen Werten.

Es ist sehr zu beklagen, dass Großbritannien sagt, es erkenne die Grundwerte, wie sie aufgelistet worden sind, nicht an. Hier werden die Leistungen der Deutschen wieder einmal nicht genug geschätzt. Es war unter Roman Herzog, dass dieser wunderbare Ausschuss die Grundwerte so gut definiert hat. Diese Werte werden auch von einem weiten Europa vertreten, auch von der Menschenrechtskonvention und dem Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg, wo Frankreich unter anderem wegen seiner Gefängnisse ständig verurteilt wird.

Dazu gibt es zwei andere Werte, über die ich noch ein Wort verlieren möchte. Das eine ist die Anerkennung der Leiden der anderen. Das ist für mich wesentlich. Ich habe öfter mit Erika Steinbach diskutiert, die im Namen der Vertriebenen spricht, aber selbst keine Vertriebene ist. Ich glaube, ich habe sie nicht davon überzeugt, dass es schon eine Art Vergehen gegen die Vergangenheit ist, wenn man sagt "Die Polen haben auch gelitten". Gestern wurde beschlossen, das Zentrum gegen Vertreibungen einzurichten. Es soll unter der Kontrolle des Hauses der Geschichte stehen.

Ich darf sagen, dass ich weiß, was das deutsche Leiden gewesen ist. In meinem ersten Buch über Deutschland von 1953, das die Zeit in Deutschland von 1945 bis 1952 darstellt, schrieb ich viel von der Bombardierung Dresdens und Hamburgs. Ich schrieb viel über das Leiden der Millionen Vertriebenen, von denen Hunderttausende nicht

hier angekommen sind. Warum tat ich das? - Weil wir von keinem jungen Deutschen verlangen konnten, Hitlers Verbrechen voll einzuschätzen, wenn wir nicht Verständnis zeigten für das Leiden ihrer Familien. Genau dasselbe sage ich seit Jahren, aber vergeblich, nach Israel. Man kann von einem jungen Palästinenser nicht verlangen, die Attentate zu verurteilen, wenn nicht ein Minimum an Verständnis gezeigt wird für das immense Leiden in Gaza und den anderen Gebieten.

Das Leiden der anderen zu verstehen hat zwischen Deutschland und Frankreich schließlich gut funktioniert. Es gibt allerdings Beschränkungen. Gestern feierte man in Frankreich fälschlicherweise einen jungen erschossenen Widerständler, der keiner war. Er wurde vielmehr von den französischen Behörden als junger Kommunist verhaftet und interniert, zur Zeit als die KPF den Stalin-Ribbentrop-Pakt bejahte, und dann als Geisel an die Deutschen ausgeliefert. Die jungen Widerstandskämpfer der Gymnasien in Paris oder im Elsass kämpften zugleich für ihr Vaterland und für die Moral. Die Geschwister Scholl kämpften gegen ihr Vaterland. Denn ihr Vaterland musste zusammenstürzen, damit die Moral siegen kann. Dieser Unterschied muss in Frankreich ständig erklärt werden. Im deutsch-französischen Geschichtsbuch steht nichts dergleichen, was ich sehr kritisiere.

Das Leiden der Deutschen müssen wir von französischer Seite her besonders verstehen lernen, denn es war so kompliziert. Helmut Schmidt hat einmal erklärt, er sei als junger Offizier schizophr gewesen. Tagsüber habe er für Hitler gekämpft, abends habe er die Niederlage gewünscht. Das ist ein deutsches Schicksal, das in Frankreich ständig erklärt werden muss.

Das Zweite ist die Distanznahme zu sich selbst im Sinne von Kampf. Nur wenn ich mich selbst in meinen Zugehörigkeiten betrachte, habe ich Verständnis für die anderen. Das ist in unseren beiden Gesellschaften wesentlich. In beiden reduzieren die Religion und die Berufszugehörigkeit die Identität auf eine einzige. Schon im Titel der Memoiren von Ignatz Bubis heißt es, er sei ein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Dann hieß es "deutsche Juden", dann "Juden in Deutschland". Das ist eine Veränderung der Identität, die ich persönlich bedaure. Das Wesentliche ist meiner Meinung nach zu sehen, dass man Gemeinschaften angehört, die breiter sind. Einer der Gründe, weswegen Europa so verschrien ist, warum man nicht an Europa glaubt und warum man immer an Europa nörgelt, ist, dass man eigentlich überhaupt nicht weiß, welche Gemeinsamkeiten man hat, welche gemeinsamen Gesetze und Regeln, welche gemeinsamen Werte man hat.

Hier gibt es eine große Schuld der Presse und Medien in Frankreich und in Deutschland. Denn die Medien haben nie genügend gesagt, was wir schon haben. Vielleicht haben Sie mein Interview in der Saarbrücker Zeitung gelesen. Man stellt mir die Frage, was schlecht sei. Ich antworte, dass man zuerst einmal sagen muss, was gut gegangen ist, denn es ist so vieles gut gegangen. Aber wer weiß denn in Deutschland, was Männer wie Elmar Brok in Straßburg leisten? Was geschieht in Straßburg? Wie viel Macht hat das Parlament? - Dann wird gesagt, in Brüssel und Straßburg gebe es nur böse Bürokraten und in Saarbrücken nur selbstaufopfernde Beamte, die 70 Stunden in der Woche für das Gemeinwohl arbeiten. Das ist nur sehr schwer zu ertragen, wenn man wirklich an dieses Europa glaubt.

Zum Schluss möchte ich sagen: Das Saarland darf stolz sein, weniger auf 1947, denn das war kompliziert und nicht ganz einwandfrei, aber es haben sich alle beteiligt. Jedoch darf man stolz sein auf das, was aus diesem Jahr 1947 gemacht worden ist, und auch darauf, was nach 1957 nach dem Beitritt geschehen ist. Das Saarland ist gewiss nicht das Land, das am meisten zur Kompensation zwischen den Ländern beiträgt! Aber das ist doch nicht das Wesentliche.

(Prof. Dr. Grosser)

Sie haben aber das Beispiel gegeben, nicht nur, wie es innen funktioniert, sondern Sie haben auch ein Beispiel gegeben, wie weit man sich an Europa anlehnen kann. Auf deutsch-französischem Gebiet ist die Saar natürlich beispielhaft. Es gibt noch Baden-Württemberg. Dort hat Ministerin Schavan versucht, Französisch als erste Fremdsprache aufzuerlegen. Das war zu weit gegangen und ging deshalb nicht gut. Ich glaube, es ist gut, dass heute der Ministerpräsident, der der Kulturbbeauftragte der Länder für die Beziehungen mit Frankreich ist, nicht mehr in Saarbrücken, Mainz oder Stuttgart sitzt, sondern weiter östlich in Berlin.

Ich plädiere dafür, dass es so weiter geht. Leider hat der damalige Kanzler verhindert, dass Kurt Biedenkopf mit der Aufgabe betraut wird.

Ich bedaure ebenfalls, dass die neuen Länder nicht einbezogen werden. Sie werden von Ihnen immer noch nicht richtig geschätzt. So habe ich in einem Gymnasium in Westfalen gefragt, ob die Schüler schon einmal in Paris gewesen seien. Sie antworteten, natürlich seien sie dort gewesen. Ich fragte, ob sie schon einmal nach Leipzig gefahren seien, und sie entgegneten mir: Wieso? Es ist in Deutschland immer noch nicht so, dass man sagen kann, das gesamte Deutschland hängt an den deutsch-französischen Beziehungen. Da ist noch viel zu tun und zu leisten. Dies gehört auch zur deutschen Innenpolitik.

Ich hoffe, dass in einigen Jahren das gesamte Deutschland mit dem gesamten Frankreich mehr tun wird für ein Europa, das weiter ist, als es die Medien sagen. - Dies meine ich im Sinne einer Ankündigung für die nächsten 60 Jahre. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall des Hauses. - Es folgen zwei Sätze für Violoncello, 2. Satz Allegretto scherzando von Benedict Randhartinger.)

Präsident Ley:

Sehr geehrter Herr Professor Dr. Alfred Grosser, ich danke Ihnen sehr herzlich für den nachdenkenswerten und ausgezeichneten Vortrag, der uns die deutsch-französischen Beziehungen, aber auch die Geschichte Europas ein Stück näher gebracht hat.

Vieles von dem, was Sie uns zu sagen hatten, wird uns sicherlich über den Tag hinaus begleiten. Deshalb noch einmal herzlichen Dank für Ihr Kommen ins Saarland.

(Beifall des Hauses.)

Wir freuen uns, dass Sie jetzt noch eine Zeit lang unser Gast sein werden und nachher auch zu persönlichen Gesprächen anwesend sein werden, in denen sicher die eine oder andere Einschätzung Ihrerseits Diskussionsgegenstand sein wird.

Besonders möchte ich mich beim Saarländischen Rundfunk für die Direktübertragung unserer Veranstaltung in Fernsehen und Rundfunk bedanken. Verbinden möchte ich dies mit dem Dank an die Medien für die gewünschte, durchaus auch kritische Begleitung der Arbeit des saarländischen Landesparlamentes in den vergangenen 60 Jahren. Ich danke dem Cello-Ensemble "Tutti Cello" der Hochschule für Musik Saar für die musikalisch Umrahmung, die dieser Landtagsitzung einen würdigen Rahmen verliehen hat.

(Beifall des Hauses.)

Auch Ihnen allen, liebe Festgäste, sage ich Danke für Ihr Kommen. Mit Ihrem Besuch haben Sie Ihre besondere Verbundenheit mit dem saarländischen Landtag zum Ausdruck gebracht.

Ich lade Sie alle sehr herzlich ein, auf das Jubiläum "60 Jahre Landtag des Saarlandes" im Anschluss an diese Sondersitzung im großen Restaurant des Landtages miteinander anzustoßen und zu feiern.

Zuvor bitte ich Sie, sich zum Abschluss unserer Sondersitzung von Ihren Plätzen zum Lied aller Deutschen zu erheben, das durch das Cello-Quartett der Hochschule für Musik Saar begleitet wird.

(Es folgt die Nationalhymne.)

Präsident Ley:

Damit ist unsere Festsitzung geschlossen.